

Blickpunkt

Mähdrescher gegen Ferienplätze

Warum das Gerede von den gewachsenen Strukturen in der ostdeutschen Landwirtschaft falsch ist

GÜSTROW Bernd Zimmermanns Vater hat bis 1960 durchgehalten. Dann gab er dem ständigen Druck nach und trat mit seinem 56-Hektar-Hof bei Grevesmühlen in die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) ein. Nach der Wiedervereinigung musste Zimmermann 60 000 D-Mark berapen, um von der LPG die heruntergewirtschafteten Gebäude zurückzubekommen. Angeblich hatte die LPG hohe Schulden. „Vorher waren aber 600 Kühe und 500 Säue über Nacht verschwunden“, berichtet Zimmermann. Folker Hachtmann musste als junger Pfarrer in Lüssow 1960 miterleben, „wie der letzte Großbauer brutal um sein Eigentum gebracht wurde“. Die Frau des Bauern, so Hachtmann, wurde deportiert.

Wenn Politiker heute von den „gewachsenen Strukturen“, also den großen Flächen und den großen Betrieben, sprechen, um die Erfolge der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu erklären, empfinden Leute wie Zimmermann oder Hachtmann die Wortwahl angesichts des verübten Unrechts in der DDR-Agrarpolitik als verharmlosend. Die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Anne Drecher, lud in der vergangenen Woche zur Konferenz nach Güstrow ein, um „die andere Seite des ‚Arbeiter- und Bauernstaates‘“ beleuchten zu lassen.

„Gewachsen“ seien die ostdeutschen Agrarstrukturen ganz und gar nicht, sagte Drecher und zitierte den Bürgerrechtler Michael Beileites. Laut dem verdanken sich diese Strukturen „der blanken Gewalt und der flächendeckenden Zwangsmaßnahmen einer menschenverachtenden Diktatur“ – erst die keineswegs demokratische Bodenreform, dann die Kollektivierung, dann die überzogene Industrialisierung.

Zudem war ein beachtlicher Teil der DDR-Landwirtschaft 1989 wirtschaftlich am Ende, was die Stasi brav nach Berlin meldete. 1988 beklagte sich das Volkseigene Gut (VEG) Blankenheim beim Zentralkomitee der SED über fehlende Investitionen. Sein wichtigstes



Helfer bei der Kartoffelernte in der LPG Klein Bünzow im Kreis Anklam



Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone 1945



Kartoffelerntemaschine

FOTOS: ADN/ZB-ARCHIV

Industrialisierungsmittel sei immer noch „die Schubkarre“. Der Historiker Jens Schöne fand den Bericht in den Stasi-Akten. Bereits Anfang der 1980er-Jahre sei die

Landwirtschaft „auf einem Tiefpunkt“ gewesen, so Schöne. Die Ernten waren vielerorts mäßig, die Maschinen mangels Ersatzteilen zerschossen, die Gebäude

verfielen und Arbeitskräfte fehlten wegen zunehmender Landflucht.

1981 legte zum Beispiel die Stasi Rathenow einen erschütternden Bericht vor. Es

fehlte an Kraftfutter, es fehlte an Fachwissen und Engagement. Der Hang zum Alkoholgrasstei. Der Schwarzmarkt etablierte sich, einerseits weil die Genossenschaf-

ten zum Wohle des Betriebes etwa Ferienplätze gegen Mähdrescher eintauchten, andererseits weil LPG-Leiter in die eigene Tasche wirtschafteten. Eine 1984 verordnete Kursänderung in der Agrarpolitik verteuerte Investitionen. Zudem bekamen die Genossenschaften für ihre Erträge mehr Geld vom Staat. Das brachte vor allem manchen schwächelnden Tierzuchtbetrieben nichts. Sie konnten sich Investitionen nicht leisten. Schöne berichtete aus Stasi-Unterlagen, wonach hier das Vieh von einstürzenden Ställen erschlagen wurde, dort das Geflügel wegen einer geplatzten Wasserleitung ertrank oder anderorts die Agrarflieger giftige Pflanzenschutzmittel über Kleingärten versprühten.

Die Stasi stellte längst „verdächtige Aktivitäten“ selbst unter den Leitungskadern in der Landwirtschaft fest, die vom „Lamentieren“ bis zur „Panikmache“ reichten. Schöne: „Man hat den Eindruck, die Dörfer flehten die Partei an: ‚Tut endlich etwas!‘“. Aber die SED war mit ihrem Latein am Ende.

Die Historiker Mario Niemann und Michael Heinz erinnerten an den Zwang, mit dem viele Bauern in die Genossenschaften getrieben wurden. Nachdem die erste Welle der Kollektivierung 1952 nur mäßigen Erfolg hatte, rief sie 1959/1960 den „sozialistischen Frühling“ auf dem Land aus. „Ganze Brigaden rückten den Bauern aufs Fell, belagerten sie tagelang mit Lautsprecherwagen“, berichtete Heinz.

Das hat Karl Mewis, erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock, in einem aufgezeichneten, aber nie gesehnen Interview 1973 unumwunden zugegeben: „Es hat Dörfer gegeben, die wurden von Arbeitern der Industrie und anderen Bauern, die schon in den Genossenschaften waren, regelrecht umstellt. Man ging von Haus zu Haus und hat agitiert und ist nicht weggegangen, tagelang, bis sich alle entschieden haben. Das war mehr als moralischer Druck.“ Es war dieser Druck, dem auch der Vater von Bernd Zimmermann nachgeben musste.

Andreas Frost

Die betrogenen Bauern

Ehemalige LPG-Mitglieder können mit Hilfe eines Anwalts fehlerhafte oder gescheiterte Umwandlungen ihrer Betriebe überprüfen lassen

GÜSTROW Die Folgen der DDR-Agrarpolitik sind heute noch zu spüren, sagt der Historiker Michael Heinz. „Es ist der einzige Bereich, wo sich die Leistungselite nach der Wende 1989 halten konnte.“ Dazu trug bei, dass gute LPG-Vorsitzende bereits in den 1980er-Jahren „marktwirtschaftlich“ handeln mussten, um ihren Betrieb über Was-

ser zu halten. „Außerdem: Wer hätte es sonst machen sollen?“, fragt der Historiker Jens Schöne. Die LPG-Chefs waren gut ausgebildet und hatten das Wissen, dass anderen LPG-Mitgliedern fehlte. Mit Beratern aus dem Westen (Ost-Berater gab es schließlich nicht) retteten so manche Kader die LPG für sich in die neue Zeit hinüber.

Die Folgen der Agrarpolitik sind auch auf dem Bodenmarkt zu spüren. Große zusammenhängende Flächen ziehen die sogenannten „Landgraber“ an, also Investoren, die mit Landwirtschaft wenig zu tun haben, durch ihre Nachfrage aber die Preise in die Höhe treiben.

Weiterhin hängt die Um-

wandlung der LPG nach der Wende noch heute wie ein dunkler Schleier über einigen Dörfern. Manche LPG-Mitglieder, die die LPG verlassen wollten, fühlen sich über den Tisch gezogen von den damaligen LPG-Vorständen. Sie glauben, keinen gerechten Anteil an LPG-Vermögen ausbezahlt bekommen zu haben. Klagen kön-

nen sie dagegen nicht mehr. Allerdings gelten 48 von 637 LPG-Umwandlungen in MV laut einer Studie aus dem Jahr 2002 als fehlerhaft und gescheitert, weil sie nicht richtig bei Gericht registriert wurden. Die Landesregierung weigert sich jedoch, dies zu überprüfen. Allerdings kann jedes LPG-Mitglied mit Hilfe eines Anwalts und eines

Gerichtsbeschlusses die Registerung „seiner“ LPG überprüfen lassen, sagt die Anwältin Catherine Wildgans. Sollte es den Nachfolgebetrieb noch geben, muss das frühere Vermögen gegebenenfalls neu verteilt werden. Dazu zählten nicht nur Felder und Maschinen, sondern in einigen Fällen ganze Dörfer, so die Anwältin. *af70*